

### European Energy Colloquium

#### Erwartungen an die Energiepolitik der neuen Kommission

**Brüssel, 16.10.2024 – Wie die letzten Jahre gezeigt haben, ist eine sichere Versorgung mit Energie zu international wettbewerbsfähigen Preisen entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Die Aufgabenbeschreibung des designierten Kommissars für Energie und Wohnungswesen Dan Jørgensen durch die Kommissionspräsidentin beinhaltet u.a., dafür Sorge zu tragen, dass die Energie ein zentraler Pfeiler der Industriestrategie ist und dass sowohl Sozialpartner als auch Industrie bei Überprüfungen bestehender Rechtsrahmen unterstützt und einbezogen werden. Im Rahmen des European Energy Colloquium haben unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld Vertreter der Kommission und der Industrie über die Erwartungen der Energiewirtschaft an die neue Kommission diskutiert.**

Mechthild Wörtdörfer, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Energie, verwies einleitend auf die erledigten Aufgaben der vergangenen Legislaturperiode. Mit dem European Green Deal habe man den regulatorischen Rahmen bis 2030 gesetzt sowie Klimaneutralität bis 2050 beschlossen. Mit dem „Fit for 55 Paket“ seien zudem die Weichen für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien gestellt. Bedingt durch den russischen Angriffskrieg habe die Kommission es außerdem bewerkstelligen müssen, die Abhängigkeit der europäischen Mitgliedsunternehmen vom Import russischen Erdgas zu verringern. Insgesamt könne festgestellt werden, dass die vorbildliche Zusammenarbeit in der EU erfolgreich war; die drohende Versorgungskrise sei abgewendet worden.

Mit Blick auf die Pläne der neuen Kommission unterstrich sie, dass der Green Deal mit Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Industriepolitik weiterentwickelt werden solle. In den ersten 100 Tagen werde ein „Clean Industrial Deal“ mit dem Ziel definiert, die EU zu dekarbonisieren und zu industrialisieren. Es sei ein Aktionsplan „Affordable Energy“ sowie ein Aktionsplan zur Elektrifizierung geplant. Der Binnenmarkt werde gestärkt werden, indem sowohl die bestehende Infrastruktur effizienter genutzt werde als auch grenzübergreifende Infrastrukturen verstärkt würden. Mit dem Draghi-Report stimme die Kommission weitestgehend überein, zumal sie bei der Erstellung eng mit dessen Büro zusammengearbeitet habe. Auf die Rückfrage der Moderatorin, Frau Dr. Nietfeld, inwiefern der Bürokratieabbau Berücksichtigung fände, erläuterte sie, dass man diesen sehr ernst nähme. Es gäbe die Auflage, Regularien auf Hemmnisse für die Industrie zu durchsuchen und bei der Anpassung so flexibel und unbürokratisch wie möglich zu sein.

Kathrin Watson, Head of Political Affairs and Government Relations der Robert Bosch GmbH, betonte die Notwendigkeit des Aufbaus einer europäischen Wasserstoffwirtschaft. Die Anwendung von Wasserstoff solle auf keinen Fall auf einzelne Sektoren begrenzt werden; auch dem Verkehrsbereich solle sie offenstehen. Einer Studie von McKinsey zufolge, würde der Einsatz von Wasserstoff für LKW langfristig gesehen weniger Kosten verursachen als eine batterieelektrische Lösung.

Sie äußerte ferner die Sorge, dass Europa unter Umständen sogar seine führende Rolle bezüglich der Wasserstofftechnologie verlieren könne und verwies auf Bosch, dessen

Absatzmärkte in Asien zurzeit wachsen würden. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung habe die europäische Regulierung, beispielsweise zur Definition von grünem Wasserstoff, die investitionshemmend wirke. Sie forderte definierte Mengenziele für die Produktion von grünem Wasserstoff, eine Aufstockung der Finanzmittel sowie den Aufbau einer Infrastruktur für den Transport und die Verteilung von Wasserstoff.

Dr. Hans Wolf von Koeller, Leiter Energiepolitik von Steag Iqony, wies darauf hin, dass die Festlegung von Zielen nicht automatisch zu einer erfolgreichen Strategie führe. Man müsse zunächst den Ausgangspunkt und die Wirkung von Instrumenten analysieren sowie realistische Annahmen treffen, um geeignete und wirksame Maßnahmen zu entwickeln. Zudem forderte er, wieder mehr energiewirtschaftlich und in Systemen zu denken, anstatt in einzelnen Technologien, dies helfe dabei Widersprüche in der Regulierung zu vermeiden.

Er forderte, die vorhandenen Widersprüche aufzulösen, die Details und die Tiefe der Regulierung zurückzuführen sowie sich mit der Frage zu befassen, wie steuerbare Leistung effizient zur Verfügung gestellt und die Nationalisierung des europäischen Energiemarktes verhindert werden könne. Ebenfalls ungeklärt sei, wie private Investitionen akquiriert oder wie die Lieferung von erneuerbarem Strom mittels PPAs auch für Wasserstoff gebündelt werden könne.

Michael Mieszczanski, Brussels Representative der TransnetBW, forderte, die Politik der scheidenden Kommission weiterzuführen, da die Energiewirtschaft sehr lange Investitions- und Wirtschaftszyklen habe. Um die Energiewende kosteneffizient umzusetzen, müsse man die Möglichkeiten von Einsparungen prüfen. Am Beispiel der Debatte bezüglich des Einsatzes von Erdkabeln anstelle von Freileitungen könne man sehen, dass die Kostenfrage zum Stopper der Energiewende werden kann – unabhängig davon, dass man in den nächsten Jahren neue Finanzierungskonzepte entwickeln müsse. Ein weiterer Hebel zur Kostensenkung sei die effizientere Nutzung des Bestandsnetzes. Schließlich forderte auch er, systemisch zu denken und die Synergien der Systeme zu nutzen. Die diskutierte Überprüfung der Gebotszonen lehnte er als sinnlos ab, da wichtige Infrastrukturprojekte und ihre Folgen für die Entwicklung der Stromkosten nicht betrachtet würden.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld wurden die in den Vorträgen aufgezeigten Positionen nochmals vertieft und im Detail diskutiert – insbesondere mit Blick auf die vertretenen Branchen. Die Diskutanten waren sich einig, dass Marktregeln bestehen bleiben und Eingriffe in den Markt durch die Politik auf ein Minimum reduziert werden sollten. Beim Thema Wasserstoff betonte Frau Watson erneut, dass Anlagen überwiegend ins außereuropäische Ausland exportiert würden und wies darauf hin, dass man perspektivisch dort produzieren wolle, wo auch der Absatz stattfände. Die Antwort auf die Frage, ob aufgrund der bekannten Pläne der künftigen Kommission die Energiepreise gesenkt würden, fiel ernüchternd aus: Keine der bisher bekannten geplanten Maßnahmen wären dazu geeignet. Nun käme es auf die weitere politische Weichenstellung an.

Wir danken der TransnetBW für die Unterstützung sowie der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Brüssel für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der

Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

**Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
X (Twitter) [@FfZeV](https://twitter.com/FfZeV)  
LinkedIn [@FfZeV](https://www.linkedin.com/company/fzfv)